

Zürich, 7. April 2021

Fraktionserklärung der SVP zum kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen (SLÖBA)

Für eine moderne, offene Stadt Zürich, die als Wirtschaftsplatz und Wohnort attraktiv bleibt

Die SVP weist den kommunalen Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen an den Stadtrat zurück. Die aktuelle Vorlage ist ideologisch geprägt, widerspricht in verschiedenen Punkten geltendem Bundesrecht und will die Stadt Zürich gegen aussen abschotten. Die SVP kämpft für eine moderne, offene Stadt Zürich, die als Wirtschaftsplatz und Wohnort gleichermaßen attraktiv bleibt.

Das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) will die Zersiedelung in der Schweiz bremsen, indem in den bestehenden Zentren eine kompakte Siedlungsentwicklung gewährleistet wird. Ein solches Zentrum ist die Stadt Zürich. Der revidierte kantonale Richtplan sieht die Stadt Zürich darum als Schwerpunkt für die Innenentwicklung – d.h. Verdichtung – vor. Eine Aufgabe, welche unsere Stadt mit Blick auf die ungebremste Zuwanderung und das starke Bevölkerungswachstum vor grosse Herausforderungen stellt.

Die SVP kämpft für eine moderne offene Stadt. Zürich soll als Wirtschaftsplatz, aber auch als Wohnort attraktiv bleiben. Die Abschottungspolitik der linken Parteien lehnen wir ab. Die Zielsetzungen dieser Parteien würden die Stadt Zürich direkt ins Zeitalter der Pfahlbauer zurückwerfen.

- Sie wollen die Verkehrsinfrastruktur abbauen. Automobilisten sind in Zürich generell unerwünscht. Mit Verkehrshindernissen, willkürlichen Tempobeschränkungen und dem steten Abbau von Parkmöglichkeiten soll die Stadt für Arbeitnehmer, aber auch Gewerbebetriebe und Dienstleistungsunternehmen unattraktiv gemacht werden.
- Den Linken ist die Zentrumsfunktion von Zürich unsympathisch. Es wäre ihnen lieber, die Stadt wäre eine einzige Wohn- und Grünzone. Arbeitsplätze sollen abgebaut werden, da solche ja zu mehr Verkehr führen.
- Besorgniserregend sind sodann die geplanten Einschränkungen der Grundrechte, welche die linken Parteien ins Auge fassen. Nicht nur die Bewegungsfreiheit und die freie Wahl der Verkehrsmittel sollen eingeschränkt werden: Auch der Schutz des Privateigentums wird relativiert. Vor allem Hauseigentümer sind davon betroffen. Auswüchse, welche es in einem modernen, liberalen Rechtsstaat mit aller Kraft zu bekämpfen gilt.

Mit Blick auf die aktuelle Vorlage ist für uns klar: Der Stadtrat muss zurück auf Feld eins, also zurück zum Status Quo. Es ja nicht so, dass nichts gemacht wird – im Gegenteil. Etliche Massnahmen wurden längst in die Wege geleitet. Zum Beispiel, dass bei Neubauten die Kühleuftzufuhr in die Stadt gewährleistet wird, dass vermehrt Bäume gepflanzt werden, dass mehr Platz auf den Fussverkehr und die Aufenthaltsqualität gesetzt wird und mehr entsiegelt wird.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Stephan Iten
Fraktionschef Roger Bartholdi

Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V
Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V

079 763 41 62
076 566 00 66

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich

Das Ziel der Verdichtung wird bereits in der Bau- und Zonenordnung geregelt, dafür braucht es keinen zusätzlichen Siedlungsrichtplan. Es ist zudem realitätsfremd, wenn man für hunderttausend mehr Einwohner planen muss, ständig betont, dass der Platz begrenzt sei, aber trotzdem die ganze Zeit über mehr Freiräume spricht. Woher diese «neuen Flächen» für Freiräume kommen sollen, ist höchst fraglich. Letztlich wird das nur möglich sein in Zusammenarbeit mit Privaten. Hier jedoch ist die Stadt auf Freiwilligkeit angewiesen, da es sonst auf Enteignungen hinausläufe, was bundesrechtswidrig ist.

Private Grundeigentümer sollen ihre Freiräume für die Bevölkerung zugänglich machen, heisst es lapidar. So sollen private Spielplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Für den Unterhalt jedoch sollen die Inhaber weiterhin selber zuständig sein. Private Vorgärten sollen für die Fünf-Minuten-Stadt zugänglich gemacht werden. Private werden gezwungen, Trittsteinbiotope zu erstellen. Und das sind nur wenige Beispiele, die im Richtplantext geplant und ausgeführt werden sollen. Dieser soll ja schliesslich behördenverbindlich sein.

Ohne das angestrebte Mitwirken der privaten Grundeigentümer bleibt der Richtplan toter Buchstabe. Er ist schlicht nicht umsetzbar. Die Illusion, dass man Haus- und Grundeigentümer enteignen könnte, wenn sie nicht parieren, wird spätestens vor den zuständigen Gerichten enden. Wollen wir mit solch sozialistischen Träumereien eine Prozesslawine in der Stadt Zürich losstreuen und die Stadt damit noch unattraktiver machen als Wirtschaftsstandort und Wohnort? Auch die Stadt Zürich muss sich an die geltende schweizerische Rechtsordnung halten. Die Eigentumsgarantie ist Verfassungsrecht – und dies gilt bekanntlich auch in Zürich.

Bleibt noch zu erwähnen, wie die Kommissionssitzungen jeden zweiten Dienstag vonstattengingen. Am Anfang wurde etwa kommuniziert, die Fachplanung Hitzeminderung sei kein Bestandteil der kommunalen Richtpläne SLÖBA und Verkehr. Trotzdem wurden genau dies dann plötzlich in den Richtplänen ergänzt. Mitten im Spiel werden die Spielregeln geändert. So kann man nicht arbeiten!

Oft wurde mit Anträgen der SVP auch nicht korrekt umgegangen. Während die Anträge der Linken und Grünen mit mehrseitigen Präsentationen begründet wurden, vergass man, die Vorschläge der SVP zu erwähnen. Es hiess dann jeweils lapidar «...aber es war sicher auch ein Antrag, der uns nicht entsprach». Auf Fragen wollte man gar nicht eingehen.

Mit unserer Rückweisung fordern wir den Stadtrat auf, einen praxistauglichen Richtplan auszuarbeiten, welcher die geltende Rechtsordnung beachtet. Auf Enteignungen ist konsequent zu verzichten. Sodann muss sich der Richtplan auf die realistischen Szenarien der Bevölkerungsentwicklung ausrichten: Wer nichts gegen die stete Zuwanderung unternehmen will, muss mindestens die Stadtplanung so ausrichten, dass sie die entsprechenden Konsequenzen bewältigen kann.

Der Vorschlag für den Richtplan, wie er jetzt auf dem Tisch liegt, ist unrealistisch und bringt massive Mehrkosten mit sich. Wir wollen kein mittelalterliches Zürich, das sich gegen aussen abschottet: Wir wollen eine moderne, offene Stadt, die als Wirtschaftsplatz und Wohnort attraktiv ist. Darum sagen wir klar Nein zu diesen linken Fantastereien.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Stephan Iten
Fraktionschef Roger Bartholdi

Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V
Mitglied der Besonderen Kommission SLÖBA/V

079 763 41 62
076 566 00 66